

# Apokalyptische Vision oder optimistische Projektion

Voraussagen und Bestimmungsfaktoren der Weltbevölkerungsentwicklung THEODOR BERGMANN

Das Bevölkerungswachstum ist zweifellos eine Kernfrage der Entwicklungspolitik. Denn die Ernährung der Menschheit, ihr wichtigstes materielles Grundbedürfnis, hängt davon und von der Entwicklung der Agrarproduktion ab. Entsprechendes gilt für die anderen Grundbedürfnisse: Wohnung, Ausbildung, Beschäftigung. So verwundert es nicht, daß die Bevölkerungspolitik immer wieder heftig umstritten ist — zwischen Hindus und Moslems in Indien, zwischen Deutschen und Franzosen (vor 1945), zwischen Mao Zedong und seinen kommunistischen Gegnern in China, zwischen dem damaligen Bundeskanzler Schmidt und dem Oppositionsführer Kohl (in einer Bundestagsdebatte 1981), zwischen optimistischen und pessimistischen Entwicklungspolitikern. Es handelt sich um ein heikles Thema, werden doch nationale und religiöse Gefühle, Emotionen und die menschliche Intimsphäre berührt. Die Vereinten Nationen haben sich zunächst im Rahmen der seit 1947 bestehenden (ursprünglich als Demographische Kommission vorgesehenen) Bevölkerungskommission, einer Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats, mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung befaßt. 1967 nahm der Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (United Nations Fund for Population Activities, UNFPA) seine Tätigkeit auf. Vom 19. bis 30. August 1974 wurde in Bukarest die erste Weltbevölkerungskonferenz auf politischer Ebene abgehalten, die einen Weltbevölkerungsaktionsplan verabschiedete. Zehn Jahre später bietet sich Gelegenheit zu Rückblick und Bewertung: Vom 6. bis 13. August dieses Jahres wird in Mexiko-Stadt eine weitere Weltbevölkerungskonferenz stattfinden.

## Die wichtigsten Fakten der Bevölkerungsentwicklung

Die Weltbevölkerung befindet sich in einem ständigen schnellen Wachstum; die Wachstumsrate hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, und selbst bei stagnierender Rate steigt die absolute Menge des Wachstums von Jahr zu Jahr. Die Bevölkerungspyramide wächst an beiden Enden; sie wird unten breiter wegen der erhöhten Überlebenschancen der Kinder, und oben länger und breiter durch die höhere Lebenserwartung. Beide Phänomene sind unter anderem Folgen der Hygiene und der verbesserten Ernährung, was ökonomisch positiv zu werten ist.

Dieses allgemeine Bild der Welt muß zuerst regional aufgegliedert werden. Europa, Nordamerika und Ozeanien haben kaum noch Wachstum, einige Gebiete eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Bevölkerung, während in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein starkes Wachstum festzustellen ist. Unter diesen finden sich Regionen — das Nilal oder Kerala und Westbengalen in Indien —, die zu den dichtestbesiedelten Gebieten unserer Erde gehören, oder die Insel Java. Es gibt aber auch dünnbesiedelte Länder mit hohem Zuwachs wie Brasilien oder Mexiko. In der Besiedlungsdichte bestehen große Unterschiede von Land zu Land und in vielen Ländern von Region zu Region.

Gliedert man die Weltbevölkerung nach Wirtschaftssystemen und nach zwei Hauptbereichen (Agrarsektor und nichtagrarischer Sektor), ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. Die höchsten Zuwachsraten zeigen die Entwicklungsländer, mindere Raten die sozialistischen, sich industrialisierenden Länder, die niedrigsten Raten aber die hochindustrialisierten Länder. Besonders bedeutsam ist das Wachstum der Agrarbevölkerung, das in einigen Teilen dieser Erde noch weitergehen wird — nicht mehr in den hochindustrialisierten und in den sozialistischen Ländern, aber noch in den Entwicklungs- oder Agrarländern. Erst ab 1985 werden auch in diesen Ländern die nichtagraren Sektoren zusammen mehr Menschen beschäftigen als der Agrarsektor.

## Die Hauptfaktoren

Ihre Zahl und ihr Gewicht sind umstritten und nicht eindeutig oder gar quantitativ zu bestimmen.

● Der Mensch hat einen Fortpflanzungstrieb. Wegen seines Doppelcharakters als biosoziales Wesen ist er allerdings persönlichen, bewußtseinsmäßigen und sozialen Einflüssen und Kontrollen unterworfen, wird also von biologischen Rhythmen und soziokulturellen Kontrollen zugleich gesteuert. Dabei können die beiden Teilfaktoren in verschiedenen Entwicklungsphasen verschiedenes Gewicht haben.

● Der Mensch denkt an seine Versorgung und Betreuung im Alter. — Hier sind jedoch starke Zweifel anzumelden. Zumindest in modernen Gesellschaften dürfte der Faktor kaum wirksam sein wegen der gesicherten Altersversorgung (durch die Sozialversicherung), der Abnahme der Kinderzahl, der großen Zahl absichtlich kinderloser Menschen und Ehepaare und schließlich wegen der hohen ›Kosten‹ guter Erziehung und Ausbildung.

● Ignoranz oder Gedankenlosigkeit, Nichtwissen oder Unachtsamkeit sind ein weiterer Faktor. Viele Menschen sind sich über die physiologischen Vorgänge bei der Reproduktion im Unklaren, ebenso über die Möglichkeiten der bewußten Steuerung — oder werden systematisch im Unklaren gehalten.

● Der Mensch wird extern beeinflusst durch Militär, Staat und Kirche. Beispielsweise haben Schule und Militär bis Mitte der vierziger Jahre die deutsche Bevölkerung sehr stark zu erhöhter Geburlichkeit zu animieren versucht. Die einzelnen Kirchen haben unterschiedlich stark Einfluß genommen, der katholische obere Klerus und die islamischen hohen Kleriker meist für hohe Kinderzahlen, während der niedere katholische Klerus heute oft mehr Verständnis für die Nöte und Bedrängnisse der Frauen zeigt.

● Welche Bedeutung der Ernährungszustand der Frauen hat, ist umstritten. Ich neige der Annahme einiger Ernährungsphysiologen zu, daß mangelhaft ernährte Frauen leichter konzipieren als gut genährte.

## Autoren dieser Ausgabe

Dr. Theodor Bergmann, geb. 1916, ist emeritierter Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim. 1933–1945 Landarbeiter in verschiedenen Ländern; später u. a. FAO-Experte in der Türkei.

Peter Herrmann, Dipl.-Volksw., geb. 1948, ist seit 1982 Referent bei der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe in Bonn; 1979–1981 für die UNIDO in Nairobi tätig.

Lothar Koch, geb. 1936, ist Referent im Referat Haushalts- und Finanzfragen der Vereinten Nationen im Bundesministerium der Finanzen.

Robert S. McNamara, geb. 1916, 1968–1981 Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), erhielt 1983 die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Ansgar Skriver, Dipl.-Volksw., geb. 1934, seit 1966 politischer Redakteur des WDR-Hörfunks, ist seit 1981 Korrespondent des WDR und des NDR für Vereinte Nationen, New York und Kanada (mit Sitz in New York).

Dr. Karl Wohlmuth, geb. 1942, seit 1971 Professor für Ökonomie an der Universität Bremen, führt dort ein Forschungsprojekt über die ›Wirtschaftsdoktrinen der Vereinten Nationen‹ durch.

- Verbesserter Hygienezustand und Ernährung senken die Sterblichkeit und erhöhen die Lebenserwartung. Bei gleichbleibender oder gar sinkender Geburtenrate wächst also die Bevölkerung während einer bestimmten Periode weiter.
- Eltern fühlen sich mehr gegenüber ihren Kindern und gegenüber der Gesellschaft verantwortlich. Die biologische Komponente im menschlichen Wesen wird zugunsten der sozialen Komponente zurückgedrängt.
- Frauen wünschen mehr Eigenständigkeit und Selbstverwirklichung im Beruf; sie wollen nicht mehr von Männern abhängig, nur biologisches Wesen sein, sondern möchten ihre eigenen Fähigkeiten entfalten. Das ist erst möglich geworden, seitdem durch erhöhtes Bewußtsein, mehr Information und mehr Hilfsmittel individuelle Familienplanung für viele Menschen (noch nicht für alle) erreichbar geworden ist. Erhöhte weibliche Erwerbstätigenquote, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und geringere Kinderzahl je Mutter hängen zusammen, sind interdependent. Dabei wirken Konjunkturschwankungen und Wirtschaftspolitik auf die Beschäftigung stärker ein als auf die langfristig sinkende Fertilität.
- Angebote an Informationen und Hilfsmitteln, Freiheit der Abtreibung, Aufklärung, Bildung und Wissen der Menschen beeinflussen Bewußtsein und Reproduktionsverhalten wesentlich.
- Kindergeld kann als Faktor sehr gegensätzlich eingesetzt werden und wirken. Es kann als positiver Anreiz dienen, die Kinderzahl zu begrenzen, wenn es degressiv gestaffelt wird; oder es dient als negativer Anreiz, um die Kinderzahl hinaufzutreiben, wenn es mit der Kinderzahl steigt und gar beim 12. Kind eine goldene Tasse vom Staatspräsidenten überreicht wird, wie im Deutschen Reich nach 1918. Demographen bezweifeln, daß kurzfristige Zulagen die individuelle langfristige Familienplanung verändern können. Eher führen sie zu Veränderungen in der Zeitplanung als zur Erhöhung der Kinderzahl. Damit könnten sich die Zyklen verschärfen und deutlicher ausprägen, die zu starken Schwankungen der Schulbesucher, der Schulabgänger etc. führen und damit notwendige Planungen bei den Dienstleistungen erschweren.
- Die Urbanisierung mit ihren Folgewirkungen — abhängige Beschäftigung, Ende der naturalwirtschaftlichen Selbstversorgung, Begrenzung des Wohnraums — dürfte im allgemeinen die Entscheidung für eine niedrigere Kinderzahl bestärken.
- Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Normen haben sich grundlegend gewandelt. Tabus wurden aufgebrochen; Sexualfragen werden ohne Scheu besprochen.

#### Die Wirkungsrichtungen der Faktoren

Die Wirkungen sind sehr vielfältig, nicht immer eindeutig gerichtet, von der Ausgangssituation abhängig. Unter gewissen Bedingungen (Mangel an Arbeitskräften und an technischen Hilfsmitteln) kann Bevölkerungswachstum zur Intensivierung des Ackerbaus und zur erhöhten Agrarproduktion führen. Ebenso war der Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 zu einem großen Teil dem Zuwachs an arbeitsfähigen und qualifizierten Menschen geschuldet, die Arbeitskraft anboten und Güter nachfragten.

Die Ernährung einer wachsenden Bevölkerung verschlechtert sich, wenn die Agrarproduktion nicht im Gleichschritt steigt und das Land nicht reich genug ist, um entsprechende Lebensmittel einzuführen zu finanzieren. Eine Intensivierung der Agrarproduktion, für die es fast überall noch Reserven gibt, kann allmählich das Ernährungsdefizit ausgleichen.

Die Agrarproduktion kann durch Bevölkerungswachstum positiv beeinflusst werden, falls genügend Land verfügbar ist oder die Rotation intensiviert werden kann — von Brandrodung und langjähriger Brache zur alljährlichen, ständigen Nutzung. Das setzt allerdings eine erhöhte Nährstoffzufuhr in den Boden statt der langsamen, natürlichen Regeneration voraus. Der Raubbau, den die Ackerbauer in frühen Entwicklungsphasen

betreiben müssen, muß sich im allgemeinen verschärfen, wenn die Bevölkerung wächst. Dieses Wachstum ist der notwendig instabile Faktor der Ernährungs- und Versorgungsbilanz in der vorindustriellen Entwicklungsphase. Daher wächst in den meisten Agrarländern die Kluft zwischen Bedarf und Produktion bei (fast) stagnierender Produktion. In Industrieländern dagegen entfernt sich die Kurve der Agrarproduktion schnell immer weiter von der fast stagnierenden Bevölkerungskurve. Die Selbstgenügsamkeit des Dorfes war möglich, solange bei Bevölkerungswachstum freie Flächen verfügbar waren und kultiviert werden konnten, oder nach Inbesitznahme aller kulturfähigen Flächen bei Nullwachstum der Bevölkerung.

Wenn der Boden knapp ist und für die wachsende ländliche Bevölkerung keine alternative Beschäftigung angeboten werden kann, wird die Agrarstruktur negativ beeinflusst. Das Verhältnis zwischen Mensch und Boden, die ›man-land-ratio‹, verengt sich tendenziell, die Zahl der Arbeitskräfte je 100 ha nimmt zu, die Arbeitsproduktivität sinkt und damit das agrarische Mehrprodukt, mit dessen Hilfe die anderen Sektoren entwickelt werden sollen. Flurzersplitterung und Betriebsverkleinerung nehmen zu. Unter feudalen Verhältnissen wird die Verhandlungsposition des Grundeigentümers gegenüber dem Pächter verbessert. Die Pachtpreise steigen, und die Ausbeutung der kleinen Pächter wird verschärft.

Die Ausbildung kann erschwert werden, wie etwa in Indien, wo trotz Alphabetisierungsplänen die Zahl der Analphabeten zunimmt. Denn die Regierung kann beim Auf- und Ausbau des Bildungswesens, dem Bau von Schulen und der Lehrerausbildung mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten.

Der Wohnungsbau bleibt ähnlich wie der Schulbau hinter dem wachsenden Bedarf zurück. Die aus der Notlage der armen Agrarbevölkerung gespeiste Dorf-Stadt-Wanderung führt zur Entstehung großer und wachsender Slums in den ausufernden Großstädten der Entwicklungsländer, manchmal auch in denen Europas.

Die Umwelt wird nachhaltig geschädigt, wenn die Produktivkräfte stagnieren und keine neuen (fossilen) Energiequellen erschlossen werden, allein schon wegen des Bedarfs an Brennstoffmaterial für die Ernährung. Unter ›traditionellen‹ Lebensverhältnissen ist die Umweltzerstörung heute radikaler als in Industrieländern. Das wirkt sich besonders schädlich aus bei der Gebirgsbevölkerung, da die Waldvernichtung die Erosion beschleunigt und damit die Überschwemmungen im Tiefland verstärkt.

Der Entwicklungsprozeß wird durch Bevölkerungswachstum ohne entsprechende Produktionssteigerung insgesamt gehemmt. Die produktive Beschäftigung der Arbeitsfähigen wird schwieriger, ihre Produktivität sinkt. Es werden zu wenig neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Ergebnisse der Entwicklungsbemühungen müssen auf eine steigende Zahl von Menschen verteilt werden, so daß eine psychologische Bremse für weitere Anstrengungen entsteht. Ergebnis dieser nur angedeuteten Wirkungskette ist der von Gunnar Myrdal erkannte fehlerhafte Kreislauf.

Dörfliche Autarkie oder kleinräumige Lebenssicherung, in der manche die Lösung der durch die Marktintegration entstandenen Probleme und Abhängigkeiten suchen, ist aus mehreren Gründen nicht möglich:

> Agrarproduktion, auf sich gestellt, ohne industriell gefertigte produktionssteigernde Inputs und neue Energiequellen, kann gewisse Ertragsgrenzen nicht überspringen. Nach südasiatischen Erfahrungswerten dürfte diese Grenze grob zwischen 15 und 20 dz Reis je ha liegen.

> Da der Mensch nicht nur Reis braucht, sondern ihn auch kochen muß, findet gerade in ›autarken‹ Agrarregionen ein Raubbau an organischer Masse mit allen schädlichen Folgen statt. Dieser Raubbau muß sich verschärfen infolge des Bevölkerungswachstums, des notwendig instabilen zweiten Faktors der Versorgungs- und Ernährungsbilanz in einer bestimmten, begrenzten Entwicklungsphase, nämlich der vorindustriellen.

> Die Selbstgenügsamkeit ›des Dorfes‹ war möglich, solange bei Bevölkerungswachstum freie Flächen verfügbar waren und kultiviert werden konnten, oder nach Inbesitznahme aller bei gegebener Technologie kulturfähigen Flächen bei faktischer Stabilität der Bevölkerung. Diese wurde auf verschiedenen Wegen erreicht, durch Säuglingssterblichkeit, Familienplanung, Abtreibung, ›primitive‹ Medikamente, soziale Kontrolle, soziale Sterilisation (etwa Einkauf von Kindern in Klöster oder Heiratsverbot für nichterberechtigte Nachkommen).

> Das demographisch-ökologisch-ökonomische Gleichgewicht wurde durch europäische Kolonisation zusätzlich gestört, und zwar gleichzeitig mit dem Einsetzen des Bevölkerungswachstums. Einheimische Bauern wurden in marginale Zonen abgedrängt; für den europäischen Markt erwünschte Kulturpflanzen wurden angebaut, größtenteils in Monokultur und in Plantagen. Der Anbau von ›Lebensmitteln‹ wurde zurückgedrängt oder ungenügend gefördert. Aber auch die politische Selbständigkeit kann kaum dazu führen, das alte, vorkapitalistische, vorkoloniale Anbausystem wieder herzustellen.

> Bei begrenzter Nutzfläche und wachsender agrarischer Bevölkerung kann der Agrarsektor allein nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten bieten oder schaffen, selbst bei Organisation dörflicher Infrastrukturarbeiten.

> Gleichmäßige Lebensmittelversorgung erfordert saisonalen, mehrjährigen, regionalen, nationalen und internationalen Ausgleich. Historisch kann man einen Übergang von dörflichen Vorratslagern zu nationaler Notfallvorsorge gegen Mißernten annehmen.

Das selbstgenügsame, autarke Dorf entspricht dem Modell der Asiatischen Produktionsweise: intensive interne Austauschbeziehungen auf Naturalbasis (Getreide gegen gemessene Dienste), interne, erbliche, vorgegebene Arbeitsteilung, Verbindung von Agrarproduktion und Handwerk im gleichen Haushalt (›cottage industries‹), minimaler externer Austausch. Dieses Modell der ökonomischen und sozialen Stabilität und Stagnation ist als völlig überholt anzusehen. Es war nur möglich in einer in ihren kulturellen Ansprüchen und demographisch stabilen Gesellschaft; und es beruhte darauf, daß das Kastenwesen die harten sozialen Gegensätze in ein außerordentlich solides, rigides, reformfeindliches System einspannte und unter Kontrolle hielt. Kann ein Unberührbarer im indischen Dorf die kulturelle Autonomie seines Dorfes oder seiner Region wünschen? Kann man die massenhafte Abwanderung aus dem Dorf in

allen Entwicklungsländern ignorieren oder administrativ aufhalten?

#### Bevölkerungstheoretiker zwischen Angst und Hoffnung

Seit etwa 1800 Jahren sind die ersten apokalyptischen Visionen bekannt, die vor einer gefährlichen Überbevölkerung unseres Planeten warnen. So heißt es bei dem Kirchenlehrer Tertullian (ca. 160 – ca. 230 n. Chr.):

»Die große Zahl der Menschen fällt der Erde zur Last. Schon reichen die Rohstoffe nicht aus, und lauter werden die Klagen, die Natur könne die Menschen nicht mehr ernähren. Man muß in der Tat Pest, Hungersnot, Kriege und den Untergang der Staaten als Heilmittel begrüßen, damit die Bevölkerung nicht überhandnimmt.«

Die berühmteste (falsche) Warnung stammt von Thomas R. Malthus (1766–1834), der behauptete, die Bevölkerung wachse in geometrischer, die Agrarproduktion dagegen in arithmetischer Progression. Niemand prüfte seinerzeit diese scheinwissenschaftlichen Behauptungen nach. Die Reihe der pessimistischen, ja apokalyptischen ›Projektionen‹ ließe sich beliebig verlängern, um den ersten Bericht an den ›Club of Rome‹, Paul Erlichs ›Bevölkerungsbombe‹ und so weiter. Ebenso ließen sich gegenteilige Warnungen zitieren, so von Plinius dem Älteren, der im ersten Jahrhundert nach Christus die Entvölkerung Roms beklagte, oder das neueste Gutachten der Bundesregierung, das sehr scheinbar bis zum Jahr 2035 eine Abnahme der bundesdeutschen Bevölkerung um 32,7 Prozent auf 38,28 Millionen prognostiziert. Diesen Pessimisten in beiden Richtungen — Überbevölkerung und Aussterben des Volkes — lassen sich die Optimisten gegenüberstellen, die gleichfalls in mindestens zwei entgegengesetzte Richtungen zerfallen. Fritz Baade, Hoffmann, Ester Boserup, Mogens Boserup sind überzeugt, daß wir alle lebenden Menschen ernähren müssen und können; aber sie halten Familienplanung für *das menschenwürdige Verhalten*. Die geistigen Führer des Katholizismus halten dagegen bewußtes Sexualverhalten für moralisch fragwürdig, die Anwendung chemischer oder mechanischer Verhütungsmittel gar für sündig. Viele Kinder erscheinen ihnen gottgefällig, unabhängig vom Wunsch der Eltern und von ihrer Fähigkeit, diesen eine menschenwürdige Existenz zu bieten.

Es gibt viele Bevölkerungstheorien, aber bisher noch kein allgemeines Weltbevölkerungsgesetz. Die Theorien sind natürlich auch Ausdruck der Grundeinstellung — ob Optimist oder Pessimist. Die heute gängigste optimistische Theorie ist die der

USA raus aus der UNO? Wäre eine negative Haltung zur Weltorganisation nur auf rechtsradikale Gruppierungen wie die John-Birch-Gesellschaft beschränkt, so könnte man dies vielleicht noch als Randerscheinung abtun. Tiefe Skepsis gegenüber einer Organisation, die nicht mehr wie in den fünfziger Jahren von den USA dominiert wird, prägt jedoch mittlerweile einflussreiche Teile der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Regierung scheint sich mehr und mehr die Vorbehalte gegenüber der Weltorganisation zu eigen zu machen; berechnete Kritik mischt sich dabei mit Ressentiment und rücksichtsloser Interessenwahrnehmung. Im Falle der Sonderorganisation UNESCO haben die Vereinigten Staaten ihren Austritt zum Ende dieses Jahres angekündigt.



demographischen Transition. Sie besagt, daß für jede gesellschaftliche Ära oder Entwicklungsstufe ein spezifisches Reproduktionsverhalten und Bevölkerungswachstum typisch sei und daher ein spezifisches Bevölkerungsgesetz gelte.

Hauptdeterminanten der Bevölkerungsentwicklung sind Geburts- und Sterberaten. In der frühen Phase der agrarischen Gesellschaften sind beide Raten hoch und unstabil; die Bevölkerung verändert sich zahlenmäßig nur wenig, wächst meist sehr langsam, sinkt rapide bei Natur- oder Gesellschaftskatastrophen. In den frühen industriellen Gesellschaften sinkt zuerst die Sterblichkeit, mit Verspätung die Geburtenrate, so daß in dieser Übergangsphase die Bevölkerung schnell wächst. Danach sinkt die Geburtenrate fast auf das Niveau der Sterberate, um dann in der letzten, »postindustriellen« Phase noch unter die Sterberate zu sinken.

Analysen der langfristigen demographischen Daten zeigen, daß die hochindustrialisierten Länder die Übergangsphase des schnellen Zuwachses hinter sich haben. Sie befinden sich in der Phase stabiler oder leicht abnehmender Bevölkerung. Die Entwicklungsländer dagegen sind noch in der Übergangsphase und werden vermutlich nach einem schnellen Wachstum ein ähnliches Reproduktionsverhalten annehmen. Diese Position, die auf den mündig werdenden und sozial verantwortlich handelnden Menschen setzt, nimmt auch der neueste Weltbevölkerungsbericht des UNFPA ein. Gegen diese (optimistische) Theorie werden zwei Einwände erhoben:

> Die Maßstabsvergrößerung verschärfe die Weltlage. — Dies trifft zu. Die europäischen Länder zählten bei Beginn der Industrialisierung 15 oder 20 Millionen Menschen; China zählt heute 1 Milliarde, Indien über 700 Millionen, Indonesien 125 Millionen usw. Die Dimensionen sind also anders. (Um so wichtiger ist daher die Familienplanung.)

> Das Verhalten der Menschen sei eine Konstante. — Dieser Behauptung ist entschieden zu widersprechen. Die deutsche Bevölkerung etwa hat in knapp 50 Jahren, also 1,5 Generationen, ihr familiales Verhalten grundlegend verändert — trotz Schule, Armee, Staat, Kirche, Kindergeld. Die gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen haben sich radikal gewandelt.

Zwischen Demographen und Entwicklungspolitikern ist die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung für die ökonomische und soziale Entwicklung umstritten. Was muß zuerst geschehen: zuerst Abnahme des Wachstums, Stabilisierung der Bevölkerung, oder zuerst ökonomische Entwicklung? Pessimisten würden argumentieren: Entwicklung im Sinne der Definition von L.J. Zimmerman — die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts muß stetig und über einen längeren Zeitraum die der Bevölkerung übertreffen — sei erst möglich, wenn die Bevölkerungspolitik erfolgreich und das Wachstum gestoppt sei. Optimisten würden sagen, auch bei Bevölkerungswachstum sei Entwicklungsstart und Standardverbesserung möglich. Letztere sei Voraussetzung für rationale Familienplanung. Dieser Streit erscheint unfruchtbar; die Frage ist nicht zu entscheiden. Familienplanung ist selbst Teil und Folge von Entwicklung. Sie wird erst möglich, wenn eine komplexe ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung begonnen hat.

#### *Kurzer Rückblick auf die europäische Geschichte*

Um die richtige Perspektive für die drängenden Bevölkerungsprobleme sehr vieler Entwicklungsländer zu gewinnen, ist ein historischer Rückblick angebracht. In früheren Entwicklungsphasen haben viele Politiker Kinderreichtum als an sich nützlich angesehen. Im 18. Jahrhundert gab es in Preußen die Parole: »Développeur — c'est peupler« (Entwicklung — das ist Bevölkerungszunahme). Man brauchte Siedler, Wehrbauern, Soldaten, Kanonenfutter. Kinderreichtum und -sterblichkeit einerseits, militärische Mißachtung des Menschenlebens andererseits bestimmten weitgehend die Bevölkerungspolitik präindustrieller, feudaler Gesellschaften. Unklare Vorstellungen

über Sicherung von genügend Familienarbeitskräften und Altershilfe beeinflussten das Reproduktionsverhalten.

In der industriellen Gesellschaft hat sich das familiale Verhalten grundlegend gewandelt und an verbesserte Gesundheit, höhere Lebenserwartung, den Wunsch nach besserer Ausbildung und das allgemeine Sozialversicherungssystem angepaßt. Der Mensch lebt bewußter, auch verantwortungsbewußter. Die geistige und physische Arbeit der Frau wird als notwendig für die moderne Gesellschaft begriffen, und die Frau selbst verändert ihr Rollenverständnis. Erst in diesem neuen Gesamtkontext werden Familienplanung, Empfängnisverhütung, die Pille oder die Abtreibung von den Menschen akzeptiert und praktiziert. Vor fünf Jahrzehnten wäre wahrscheinlich die Pille nicht akzeptiert worden und in den Apotheken nicht käuflich gewesen; denn damals hatten wir Minister, Polizisten und Staatsanwälte, die dagegen vorgingen und Ärzte einsperrten, wenn sie das Volk aufklärten. Unser Verhalten also hat sich in anderthalb Generationen radikal verändert, von der Norm von acht Kindern zur Norm von ein bis zwei Kindern, nicht mehr »soviel Kinder, wie Gott uns schenkt«, sondern soviel Kinder, wie wir wollen, d.h. wie die Partner miteinander ausmachen.

Es gibt hier Hemmfaktoren und fördernde Faktoren.

Erster Hemmfaktor ist der Staat: Regierung, Militär, Justiz und weitgehend die Kirchen. Dazu gehören Schulen und Lehrer, die die offizielle Rüstungs- und Bevölkerungspolitik in moralische Normen und Ermahnungen umsetzen müssen und sollen und die den jungen Menschen einseitig, selektiv informieren, ihm wichtiges Wissen vorenthalten. So haben viele deutsche Lehrer in der Zwischenkriegszeit deutschen Kinderreichtum als Voraussetzung für den Sieg über das »degenerierte Frankreich mit seinem Zweikindersystem« propagiert.

Hemmfaktor ist auch die Gewährung von Kindergeld anstelle von ausreichendem Lohn und Gehalt. Nur wenn das Einkommen des abhängig Beschäftigten so groß ist, daß er eine Familie seiner Wahl ernähren kann, ist seine Entscheidung über die Kinderzahl wirklich frei. Unwissenheit, Mangel an Information, Scheu vor »Sünde« und Tabus, Angst vor Strafe mindern diese Entscheidungsfreiheit gleichfalls. Geldgier mancher Ärzte und Angst anderer Ärzte hindern die Abtreibung zur rechten Zeit. Die fördernden Faktoren der Umstellung des Sexualverhaltens waren vor allem, daß sozialistische Ärzte mit ihrer Aufklärungstätigkeit in der Arbeiterkulturbewegung sowie spezielle Arbeitervereine für Sexualreform die Arbeiterfrauen über richtiges Verhalten und Hilfsmittel informierten und erzogen. Wachsendes Selbstbewußtsein der arbeitenden Frauen und verbesserte Sozialversicherung trugen das ihre dazu bei.

Diese Entwicklungen haben allmählich auch eher abgeschlossene Bevölkerungsschichten erfaßt, etwa die agrarische Bevölkerung oder katholische Bevölkerungsteile. Die durchschnittliche Größe von Bauernfamilien in der Bundesrepublik unterscheidet sich schon seit 30 Jahren kaum von der anderer Familien. Junge bäuerliche Ehepaare haben heute klare, feste Vorstellungen über die beabsichtigte Kinderzahl.

#### *Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik*

Statt angesichts apokalyptischer Visionen zu erschauern, ist zu fragen, wie das Reproduktionsverhalten in agrarischen Entwicklungsländern verändert werden kann.

Einzelmaßnahmen bleiben wenig effizient, solange der soziale Gesamtkontext nicht grundlegend geändert wird. Dazu gehören insbesondere Schulbildung, Aufklärung, geistige und soziale Mobilisierung, Arbeit, Altersversicherung, offenes Angebot aller Verhütungsmittel, Freigabe der Abtreibung. Denn bewußte Familienplanung ist selbst Teil und Folge des allgemeinen Entwicklungsprozesses, kann ihm nicht vorausgehen und nicht als Vorbedingung gesehen werden. Ohne ökonomische und soziale Entwicklung bleibt Familienplanung unwirksam. Ebenso sind Zwangsmaßnahmen und ökonomische Anreize zur Sterilisierung ohne durchschlagende Wirkung. Die ersteren sind gegenproduktiv, die letzteren müssen wegen der Armut der Entwick-

lungsländer und der Größe des betroffenen Personenkreises sehr begrenzt bleiben.

China und Indien, die zwei bevölkerungsreichsten Staaten, haben seit geraumer Zeit eine aktive Politik der Familienplanung mit dem Ziel, das Bevölkerungswachstum zu stoppen. In China soll zudem die Bevölkerung bis zum Jahre 2050 oder 2070 auf 650 bis 700 Millionen zurückgeführt werden. Die indische Premierministerin Indira Gandhi und der für die Staatliche Familienplanungskommission der Volksrepublik China verantwortliche Minister Dr. Qian Xinzong haben für diese rationale Bevölkerungspolitik den 1983 erstmals verliehenen »Preis der Vereinten Nationen für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen« erhalten. In beiden Staaten hat diese Politik verschiedene Phasen durchlaufen, in denen positive und negative Erfahrungen gemacht wurden.

Indien begann früher, die Zweikinderfamilie zu propagieren; unter Sanjay Gandhi wurden materielle Anreize an die ausführenden Beamten gegeben und Zwangsmaßnahmen angewandt. Das half nur den Gegnern der Familienplanung und trug bei zum vorübergehenden Machtverlust von Indira Gandhi. Gegenwärtig gilt wieder das Prinzip völliger Freiwilligkeit und positiver Maßnahmen (Familienwohlfahrt). In China nimmt die neue Bevölkerungspolitik die Linie vor dem »Maoismus«, d.h. aus dem Anfang der Volksrepublik, wieder auf und propagiert jetzt späte Heirat und die Einkindfamilie. Die Regierung bekennt sich zur völligen Freiwilligkeit, zur vollen Information und stellt alle Hilfsmittel kostenlos zur Verfügung. Sie mahnt alle Funktionäre, dieses Prinzip einzuhalten. Vorläufig hat man den Eindruck, daß die veränderten sozio-ökonomischen Verhältnisse der Volksrepublik China günstigere Rahmenbedingungen für einen Erfolg der aktiven Bevölkerungspolitik geschaffen haben als die verfestigte Sozialordnung Indiens.

Die Vereinten Nationen haben ein eigenes Spezialorgan für Bevölkerungspolitik geschaffen, den UNFPA; der aus freiwilligen Leistungen gespeiste Fonds steht in enger Beziehung zum UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Weltorganisation. Wie alle internationale Einrichtungen ist diese erwünscht und nützlich. Aber in ihrer Abhängigkeit von 158 UN-Mitgliedstaaten müssen ihre Aktivitäten auf die Wünsche, Interessen, Politiken, Empfindsamkeiten aller Regierungen Rücksicht nehmen. Nur insoweit diese so fortschrittlich sind, daß sie das Bevölkerungswachstum begrenzen oder stoppen wollen, kann der UNFPA helfend eingreifen. Seine Ziele müssen sehr allgemein, vorsichtig, inhaltsneutral formuliert werden:

»Entwicklungsländer auf deren Wunsch bei ihren Bevölkerungsproblemen zu unterstützen in den Formen und mit den Mitteln, die den Landesbedürfnissen am besten entsprechen. Der Fonds fördert keine bestimmte Politik oder bestimmten Zugang bei der Behandlung von Bevölkerungsproblemen, sondern handelt auf Verlangen von Regierungen bei entsprechender Beachtung der nationalen Souveränität und kultureller und sozialer Verhaltensweisen.«

(UNFPA, what it is, what it does, New York o.J.)

Die bevölkerungspolitische Einstellung der Regierungen aber ist schwerlich auf einen Nenner zu bringen. So verteilen sich die 51 afrikanischen Regierungen hinsichtlich des Zugangs zu modernen Methoden der Geburtenkontrolle wie folgt:

Zugang nicht gestattet	5
Zugang nicht von der Regierung unterstützt	11
Zugang von der Regierung indirekt unterstützt	10
Zugang von der Regierung direkt unterstützt	25

Ein knappes Drittel ist also negativ eingestellt und verwehrt faktisch den Massen der armen Bevölkerung den Zugang zur individuellen Familienplanung.

Wo aber Regierungen in der Bevölkerungspolitik national und international Verantwortungsbewußtsein zeigen, hilft der UNFPA auf verschiedenen Wegen: etwa bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Volkszählung oder bei Erziehungsmaßnahmen. Er unterstützt nationale Familienplanungsorganisationen und Regierungsprogramme sowie die demographische Forschung. Aus politischen und finanziellen Gründen kann das aber nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Dabei arbeitet der UNFPA mit UN-Sonderorganisationen und -Son-

## UNESCO keine Aktiengesellschaft

Die in der Mainmetropole erscheinende »Zeitung für Deutschland« informierte ihre Leser falsch. Im Zusammenhang mit dem zum Jahresende 1984 angekündigten Austritt der Vereinigten Staaten aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) erweckte sie am 30. Dezember 1983 den Eindruck, der Jahreshaushalt der UNESCO belaufe sich auf 374,4 Millionen Dollar, nach einer Erhöhung von 5 vH auf der letzten Generalkonferenz im November gegen die einzige Stimme der USA. Wenn man sich nicht auf das Weltblatt »The New York Times« als notorisch unzuverlässige Informationsquelle über die UNESCO verläßt, kann man wissen: es ist die Budgetsumme für zwei Jahre.

Deutschen Lesern wurde bisher vorenthalten, daß mittlerweile 161 Regierungen die internationale Zusammenarbeit zur Förderung der universalen Achtung von Gerechtigkeit, Herrschaft des Rechts, Menschenrechten und Grundfreiheiten mittels der UNESCO jahrzehntelang so viel wert war wie einem Teil der Bundesdeutschen der Südwestfunk.

Die »Frankfurter Allgemeine« informiert ihre Leser des weiteren falsch mit der Behauptung, Israel sei 1974 aus der UNESCO ausgeschlossen, zwei Jahre später auf westlichen Druck hin aber wieder zugelassen worden. Man kann mit Gründen den UNESCO-Sanktionen gegen Israel von 1974 und der damals beschlossenen Ablehnung, Israel in die europäische Regionalgruppe der UNESCO aufzunehmen, widersprechen — doch nie ist Israel ausgeschlossen worden.

Wehe, wenn die UNESCO derartige Falsch-Informations-Macht systematisch untersucht: sie muß darauf gefaßt sein, daß eine der größten deutschen Zeitungen das UNESCO-Projekt einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung »kriminell« nennt »zum erklärten Zweck der Beseitigung der Informationsfreiheit in der Welt«. Eine sachliche und umfassende Darstellung dieses Projekts haben deutsche Presseleser noch nie lesen dürfen. Es war ein Kardinalfehler der Regierungen in der UNESCO, 16 Millionen Dollar von den 374 Zweijahres-Millionen der Organisation und 83 von ihren 2 716 Angestellten den Problemen der Kommunikation zu widmen — seitdem werden 95 Prozent ihrer sonstigen Aktivitäten von unseren Medien unter den Teppich gekehrt, die sich durch eine Verschwörung der mit der Dritten Welt im Bunde befindlichen Sowjetunion angegriffen sehen. Bücher in 70 Sprachen, tausende von Kulturprojekten, Lehrerbildung, Alphabetisierung, Bewässerungssysteme, Bewahrung von Kulturdenkmälern — alles unwichtig.

Die USA zahlen ein Viertel des UNESCO-Haushalts, weil dies ihrem gesellschaftlichen Reichtum und ihrer materiellen Leistungsfähigkeit entspricht. Aber in der UNESCO haben sie — anders als im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen — kein Vetorecht. Die Reagan-Regierung kann den Grundsatz innerlich nicht akzeptieren, daß die Weltorganisation keine Aktiengesellschaft ist, sondern auch in den meisten ihrer Gliederungen und Sonderorganisationen ein Parlament gleichberechtigter Regierungen. Die gegenwärtige amerikanische Regierung nimmt die UNESCO nicht ernst, weil sie allüberall Ost-West-Konflikte vermutet, die Entwicklungsländer im Schlepptau der Sowjetunion sieht (und sie damit zuweilen dorthin treibt, obwohl es sich in Wirklichkeit meist um West-Süd-Konflikte handelt, die sich der Osten nur billig zunutze macht).

Es entbehrt jeder realistischen politischen Logik, daß die Amerikaner die UNESCO in einer Phase verlassen wollen, da — im letzten November — erstmals seit Jahren der bittere ideologische Streit über Pressefreiheit abgeflaut und einmütig ein Zweijahresprogramm von UNESCO-Studien über Weltkommunikationsprobleme beschlossen worden ist, Ergebnis zäher Kleinarbeit nicht zuletzt der Bonner Diplomatie.

Die amerikanischen Regierungsvertreter haben die Chancen, ihre Positionen ins Konsensverfahren einzubringen (in dem ja die meisten der angefeindeten Deklarationen beschlossen worden sind), nicht hinreichend genutzt, in politischer Weltvereinfachung die Folgen für ihre eigene Wissenschaft übersehen: ihre Ozeanographen, Klimaforscher und Geologen werden ein Lied davon singen, daß ihre Verluste größer sind als der verständliche Ärger einiger US-Diplomaten über eine »Politisierung«. Im Ergebnis: 50 Millionen Dollar im Jahr gespart und der Versuch, die Entwicklungswelt zu überzeugen, einfach aufgegeben.

Ansgar Skriver □

derkörperschaften zusammen (so mit WHO, UNESCO und UNICEF) und mit der Internationalen Vereinigung für geplante Elternschaft. Wesentliche Publikationen zur Demographie (u.a. der jährliche Weltbevölkerungsbericht) werden von ihm herausgegeben; er bereitet zudem die als Ausspracheforum wichtigen Weltbevölkerungskonferenzen und die vorausgehenden Regionaltreffen vor.

#### Sieben Thesen

1. Familienplanung, bewußtes Sexual- und Reproduktionsverhalten ist aus humanitären, sozialen, ökonomischen und kulturellen Gründen notwendig. Sie ermöglicht bei gegebenem Stand der Produktivkräfte bessere Erziehung und bessere Versorgung der Kinder, größere Selbstverwirklichung der Frau.
2. Schnelles Bevölkerungswachstum vor dem Entwicklungsstart schwächt die Wachstumsimpulse, weil die Befriedigung der Grundbedürfnisse erschwert wird, und bremst daher den Entwicklungsstart. Das Reproduktionsverhalten und das daraus resultierende demographische Gesetz ist selbst spezifisch für jede Entwicklungsphase. Abflachung des Bevölkerungswachstums kann daher nicht Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung sein, sondern ist Teil und Ergebnis dieses Prozesses zugleich.
3. Familienplanung, selbstkontrollierte, verringerte Kinderzahl bedeutet Übergang des Menschen vom biologischen zum biosozialen Wesen, seine soziokulturelle Höherentwicklung. Sie ermöglicht bessere Ausbildung und vermehrte Berufstätigkeit der Frau. Dadurch erhöht sich ihr Beitrag zur gesamten sozio-ökonomischen Entwicklung, ihre berufliche Unabhängigkeit und ihre Gleichberechtigung. Freie, bewußte Entscheidung über Schwangerschaft und Familiengröße ist die einzig humane Haltung zur Familienplanung. Zwang zur Geburt ungewollter und nicht zu versorgender Kinder dagegen ist inhuman und unsozial.
4. Familienplanung ist besonders in volkreichen Entwicklungsländern nur durchzuführen in völliger Freiwilligkeit und bei aktiver Mitwirkung der Bevölkerung, also durch volle Information, sexuelle Aufklärung, Angebot aller Verhütungsmittel einschließlich des möglichst frühzeitigen, ärztlich durchgeführ-

ten Abortes. Voll wirksam wird Familienplanung erst bei allgemein verändertem sozialem Kontext, bei Alphabetisierung, Berufstätigkeit der Frau, umfassender Altersversicherung. Zwangsmaßnahmen führen zum Gegenteil der gewünschten Wirkung.

5. In agrarischen Ländern mit begrenztem Bodenangebot bedeutet Bevölkerungswachstum Verschlechterung der ›manland-ratio‹, Flurzersplitterung, Betriebsverkleinerung, erhöhte Pachten, niedrigere Arbeitsproduktivität, sinkende Investitionskraft, mehr Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.
6. Es gibt bisher kein Entwicklungsmodell, in dem die Agrarproduktion stark intensiviert wurde ohne Abwanderung von Arbeitskräften, ohne industriell erzeugte produktionssteigernde Hilfsmittel, ohne Zufluß von fossiler Energie und ohne eine technische Ausrüstung, die Arbeitskräfte ersetzt. Abwanderung aus der Landwirtschaft, aus dem Agrarsektor ist eine entwicklungspolitische Notwendigkeit, muß aber nicht immer Abwanderung aus dem Dorfe bedeuten.
7. Die internationale Gemeinschaft ist verpflichtet, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu sichern; sie ist dazu fähig, wenn wir die Erkenntnisse der Wissenschaften und die Entdeckungen der Technik nutzen. Naturressourcen dürfen nicht verschwendet werden, sondern sind zu schützen und sparsam zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller einzusetzen. Rüstung ist Verschwendung, Kriege sind Verbrechen gegen die Menschheit. Vorsichtige Inanspruchnahme der globalen Ressourcen und menschliches Verantwortungsbewußtsein implizieren auch ein verändertes Reproduktionsverhalten, nämlich freiwillige Familienplanung. Alle Anstrengungen sind auf friedliche Entwicklung und Förderung der armen Schichten zu konzentrieren.

#### Literaturhinweis

Mit Bevölkerungsfragen hat sich diese Zeitschrift in folgenden Aufsätzen beschäftigt: Hermann Schubnell, Probleme des Wachstums der Erdbevölkerung, VN 4/1969 S.105ff.; Hans Harmsen, Familienplanung wurde ein Menschenrecht (1927—1969), VN 4/1969 S.109ff.; Horst Wiesebach, Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, VN 5/1972 S.143ff.; Christian Tomuschat, »Seid fruchtbar und mehret euch...«. Zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest, VN 4/1974 S.97ff.; J. W. Strobl, Weltbank und Weltbevölkerung, VN 4/1974 S.101ff. Die Ergebnisse der Weltbevölkerungskonferenz 1974 wurden dargestellt in VN 5/1974 S.155ff. Ein Resümee der Weltbevölkerungsberichte 1982 und 1983 findet sich in VN 4/1982 S.140 bzw. VN 5/1983 S.164.

## Industrialisierung: Die Illusionen sind verfliegen

Die UNIDO vor der Umwandlung in eine Sonderorganisation

PETER HERRMANN

### UNIDO IV: Wien statt Nairobi

Zum Jahrzehnt für die industrielle Entwicklung Afrikas hatte die 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen die achtziger Jahre erklärt. So lag es nahe, für die anstehende vierte Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)<sup>1</sup> einen Tagungsort auf diesem Kontinent auszuwählen, zumal die vorangegangenen, jeweils von der UN-Generalversammlung einberufenen Veranstaltungen dieser Art je einmal in Europa (1971 in Wien, Sitz der UNIDO), Amerika (1975 in Lima) und Asien (1980 in Neu-Delhi) stattgefunden hatten.

Nairobi, die Hauptstadt des relativ industrialisierten Kenia, war als Konferenzort vorgesehen, und bereits 1981 fanden Gespräche zwischen Vertretern der UNIDO und der kenianischen Regierung über die Abhaltung dieser Tagung in Nairobi statt. Allerdings sah sich die kenianische Regierung im Verlauf des Jahres 1983 wegen der »äußerst ernstesten wirtschaftlichen Lage« gezwungen, ihr Angebot zur Ausrichtung der Konferenz zurückzunehmen. Da sich kurzfristig kein anderer afrikanischer Staat dazu bereit fand, UNIDO IV zu beherbergen, begrüßte der

Vorbereitungsausschuß ein Angebot der österreichischen Regierung, die Konferenz in Wien auszurichten. Sie wird nun vom 2. bis 18. August 1984 dort stattfinden. Das Scheitern des Planes, UNIDO IV in Afrika zusammentreten zu lassen, mag bereits gedämpfte Erwartungen hervorrufen.

Schon die vorangegangene dritte Generalkonferenz erfüllte nicht die in sie gesetzten Erwartungen. Zuvor, 1975, hatte UNIDO II vor allem durch die Zielvorgabe, die Entwicklungsländer sollten bis zum Jahr 2000 einen Anteil von 25 vH an der Weltindustrieproduktion erreichen, weltweites Aufsehen erregt. Angesichts der bisherigen Entwicklung des Anteils der Entwicklungsländer an der weltweiten Industrieproduktion von etwa 8 vH im Jahre 1960 auf knapp 11 vH im Jahre 1980 erscheint diese Forderung nicht mehr realisierbar. Sie wurde denn auch (in Neu-Delhi) durch die Forderung nach einem Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel von 30 vH im Jahre 2000 ersetzt. Gerade weil die gegenwärtige Bilanz des industriellen Fortschritts in den Entwicklungsländern nicht sehr positiv ausfällt, gibt sie Grund genug, die Ziele und Strategien zu überdenken, zu revidieren oder neu zu formulieren. Dafür